

## PRESSEMITTEILUNG

### Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen und Verband Deutscher Privatschulen unterstützen Klagen gegen Betriebskostenbescheide

Potsdam/Berlin, 30.07.2025.

Die Schulen in freier Trägerschaft (Sift) erhalten dieser Tage ihre Bescheide über die vom Land Brandenburg gewährten Betriebskostenzuschüsse für das kommende Schuljahr.

Die Verärgerung unter den freien Trägern ist groß, denn das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) hat die Erstellung und Versendung der Bescheide über den vorgesehenen Termin vom 31. Mai 2025 hinaus verzögert, um noch die Erhöhung der Lehrerarbeitszeiten einrechnen zu können. Diese war Ende Juni 2025 im Landtag beschlossen worden.

Das führt dazu, dass der Zuschuss für das nächste Schuljahr nur noch geringfügig höher ausfallen wird als der Zuschuss für das Schuljahr 2024/25, obwohl die zugrunde liegenden Tarifbestimmungen zu einer deutlichen Erhöhung führen würden.

Herausfordernd ist, dass die Schulträger ihren Lehrkräften Mindestgehälter zu zahlen haben, die sich an den tariflichen Regelungen orientieren. Während im öffentlichen Dienst eine Erhöhung der Arbeitszeit angeordnet werden kann, ist dies bei den meisten freien Schulträgern in der Regel nur freiwillig umsetzbar. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kürzungen der Zuschüsse bereits zum 1. August 2025 wirksam werden, obwohl die Änderungen im öffentlichen Dienst erst zum 1. Februar 2026 greifen.

Das wollen die freien Träger so nicht hinnehmen und haben jetzt schon über vierzig Klagen eingereicht. Die Schulträger haben noch bis Ende August 2025 Zeit, um weitere Klagen einzureichen.

Wir fordern zudem eine automatische Anpassung der Betriebskostenzuschüsse bei Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst, d.h. eine Überarbeitung der derzeitigen Stichtagsreglung. Steigende Personalkosten belasten besonders freie Schulen und gefährden Bildungsqualität und Chancengleichheit. Die Zuschüsse müssen den tatsächlichen Kostenentwicklungen entsprechen, damit Schulen in freier Trägerschaft arbeitsfähig bleiben. Verantwortliche der Brandenburger Bildungspolitik sind aufgefordert, die bestehenden Regelungen zu überarbeiten und nachhaltige Lösungen zu schaffen.

Die AGFS in Brandenburg steht für die 197 Schulen in freier Trägerschaft in Brandenburg, von Grundschulen über Oberschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bis zu beruflichen Schulen, von alternativ über konfessionell zu reformpädagogisch und innovativ.

Der VDP vertritt die Interessen der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft in der Region Berlin-Brandenburg. Seine Mitglieder sind Träger allgemeinbildender und berufsbildender Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie Institutionen im Bereich Arbeitsmarktdienstleistungen.

Im Land Brandenburg werden ca. 35.000 SchülerInnen (11 %) in Schulen in freier Trägerschaft mit über 6.000 Angestellten unterrichtet. Alle Bildungseinrichtungen haben es sich zur Aufgabe gemacht, das öffentliche Bildungswesen durch innovative Angebote zu ergänzen und weiterzuentwickeln.

Gerne erläutern wir Ihnen unsere Ausführungen und Argumente gesprächsweise.

Dirk Seifert

Geschäftsführer  
Arbeitsgemeinschaft  
Freier Schulen im Land  
Brandenburg e.V.  
[dirk.seifert@agfs-brb.org](mailto:dirk.seifert@agfs-brb.org)  
Tel. 0176 545 111 01

Sabina Bothe

Geschäftsführerin  
Verband Deutscher Privatschulen  
Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.  
[bothe@vdp-berlinbrandenburg.de](mailto:bothe@vdp-berlinbrandenburg.de)  
Tel. 01578 816 3117